

# Lose Akten stapeln sich

BZ  
19.1.  
2005

## Gottenheim kauft ein neues Registratur- und Ablagensystem

GOTTENHEIM (ms). „Wir haben in der Verwaltung eine absolut unbefriedigende Ablagesituation“, war das Fazit von Bürgermeister Volker Kieber im Gemeinderat, nachdem Peter und Michel Riehm das von ihnen vertriebene „Regisafe“-EDV-System vorgestellt hatten. „Daher sollten wir nun einen Schnitt machen und neu beginnen“.

In der Gemeindeverwaltung lägen Berge von Akten und Vorgängen lose herum, berichtete der Bürgermeister. Auch langjährige Mitarbeiter wüssten nicht, was sich hinter so manchem Aktendeckel verberge. Zudem solle die Bürgernähe verbessert werden, jeder Mitarbeiter im Rathaus solle über jeden Vorgang Bescheid wissen und Auskunft geben können.

Als Lösung für die Zukunft schlug die Verwaltung daher vor, das „Regisafe“-Programm zu kaufen und für die vorhandenen Akten die ebenfalls von der Firma Riehm angebotene Verwaltungsregistratur anzuschaffen. Sowohl die Software als auch die konventionelle Ablage arbeitet nach dem für Baden-Württemberg gültigen Aktenplan, so Peter Riehm. Die Kosten belaufen sich bei acht Arbeits-

platzlizenzen, einem Tag Installation und Schulung auf rund 8 800 Euro. Hinzu kämen noch mögliche Ergänzungsmodule zum Beispiel für die Bauleitplanung, die Friedhofsverwaltung oder das Umlegungsverfahren. Eine Grundausstattung für eine neue Registratur kostet rund 3 200 Euro, ein passender Aktenschrank 2 030 Euro.

Die Verwaltung sei vom neuen System sehr angetan, berichtete Kieber. Auch den Mitgliedern des Gemeinderates gefiel „Regisafe“. Selbst kritische Nachfragen von EDV-Fachmann Kurt Hartenbach (FWG) konnte Michael Riehm zufrieden stellend beantworten. Mehr als 2000 Kommunen in Deutschland, davon 450 in Baden-Württemberg würden mit dem System arbeiten, so der Firmeninhaber nicht ohne Stolz.

Am Ende stimmte der Gemeinderat mehrheitlich für die Anschaffung, einzig Birgit Wiloth-Sacherer und Markus Eberle (beide SPD) stimmten dagegen. Sie bemängelten, dass diese Entscheidung schon getroffen werden soll, ohne das der Haushalt für das Jahr 2005 beschlossen sei und man wisse, ob hierfür Geld vorhanden sei.